

TECHNISCHE INNOVATIONEN UND DEREN GESELLSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN IM KONTEXT VON ÜBERWACHUNG

Aufgabe dieser Expertise ist es etwas über die Beziehung technischer Innovationen und ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen auszusagen und zusammenzutragen. Ausgehend davon, dass Gesellschaft und Technik koevolutionär sind, also sich nur gegenseitig bedingend fort- und weiterentwickeln, untersucht diese Expertise die vielschichtigen Wechselwirkungen von Überwachungstechnologien und Gesellschaft. Technische Innovationen im Bereich der Sicherheit konzentrieren sich in der Hauptsache auf (digitale) Mess-, Regelungs-, oder Erfassungstechnologien, mit denen man „überwachen“ kann. Grundlegend für die Betrachtungen ist die Annahme, dass es sich bei Technologien um eine materielle Kultur handelt, was bedeutet, dass Technologien Dinge darstellen, die symbolisch und ideologisch aufgeladen sind, Bedeutungen transportieren und somit politisch und sozial nie neutral sind. Technologien sind materialisierte Anwendungen von Wissen, mit denen umgegangen wird und welche Teil sozialer Beziehungen innerhalb von Gesellschaften darstellen.

Das gilt insbesondere für solche technischen Innovationen im Bereich von Sicherheit, die mit der Überwachung und Kontrolle von Menschen zu tun haben. Hierbei ist zunächst festzustellen ist, dass diese drei Begriffe – Sicherheit, Überwachung als auch Kontrolle – hinreichend unspezifisch sind und somit in der Regel ganz unterschiedlichen Interpretationen entsprechend verwendet werden. Mögliche Beurteilungen von Technologien und letztlich auch alle damit verbundenen Konsequenzen (und deren Einschätzungen) hängen von diesen Interpretationen ab.

DEFINITION DER UNTERSUCHUNGSFELDER

Überwachung und Kontrolle sind sich ergänzende Ensembles von Handlungen, die zur Herstellung einer normativ konstruierten Sicherheit eingesetzt werden können. Grundlage dafür sind die darin eingeschriebenen Machtverhältnisse. Diese müssen nicht zwingend zwischen Staat und Bürgern bestehen, sondern können vielfältige, jeweils reziproke Konstellationen betreffen – Bürger–Bürger, Staat–Bürger, Unternehmen–Bürger. Die Macht kann dabei offen durch Zwang sicht- und spürbar werden oder verdeckt und subtil in sogenannten Macht-Techniken wirken.

Die sozialen Beziehungen und Handlungsfelder zeichnen sich durch die Praktiken der Sammlung von Informationen und deren Kategorisierung sowie die Überprüfung von Personen aus, welche aufgrund asymmetrischer Herrschafts- und Machtverhältnisse möglich sind, manifestiert in der Verfügbarkeit entsprechender Technologien oder Verfahren zu Zwecken ihrer Lenkung, ihres Managements und ihrer Inklusion/Exklusion. Datenschutz stellt die Verregelung dieser Handlungen in Bezug auf dabei betroffene Informationsflüsse im Allgemeinen dar, in denen die Privatsphäre als zu schützendes Gut eine zentrale Stellung einnimmt. Sicherheit als normierter Zustand und als Konstrukt gesellschaftlicher Aushandlungen dient als ein mögliches Argument für Überwachung und Kontrolle, während jene auch gänzlich ohne einen Verweis auf Sicherheit auskommen können.

Theoretischer Rahmen dieser Analyse ist eine auf Prävention hin orientierte so genannte Risikogesellschaft, in der die Antizipation von Risiken und deren beständige Abwehr zum Kern

gesellschaftlicher Dynamik werden. Ob dabei Risiko und Gefahr verwechselt werden, wenn die Risiken so beständig und der Gesellschaft scheinbar so unvermittelbar sind, dass die Überwachung und Kontrolle sich auf alles und jeden auszudehnen droht, ist dabei einer der Kernfragen der vorliegenden Analyse.

Wird mit Sicherheit als einem zentralen Argument (z.B. „Videoüberwachung sorgt für Sicherheit im öffentlichen Raum“) jedoch die Implementierung einer technischen Innovation begründet, so kann sich aus dieser Verbindung eine vielfältige Dynamik entwickeln. Die daraus entstehenden Konsequenzen liegen jenseits der Technologie selbst. Auch darf Technik in diesen Fällen nicht als monokausal auf die Gesellschaft einwirkendes Phänomen verstanden werden. Vielmehr geht es darum, Prozesse zu analysieren, die sowohl die Bedeutungen von Technik in der Gesellschaft, damit verbundene mögliche Funktionswanderungen von Technik, die Argumentationslogiken, mit denen Technik umgeben wird sowie die Normen, die entweder entstehen oder die für die Zweckorientierung der Technologie selbst als gegeben vorausgesetzt werden, erfassen. Ob und wie Technik in einer Gesellschaft zielgerichtet – d.h. entsprechend eines mutmaßlichen Zweckes – eingesetzt werden kann, hängt auch davon ab, ob gesellschaftliche Konstellationen, Wünsche und Bedeutungszuschreibungen dies zulassen bzw. ermöglichen.

BEISPIELE TECHNISCHER INNOVATIONEN

Diese sozio-technischen Wechselwirkungen werden an ausgesuchten Technologien exemplarisch nachvollzogen. Für diese Expertise wurden vor allem solche Technologien betrachtet, die im Bereich Sicherheit technische Innovationen im weitesten Sinne darstellen und direkt oder indirekt zur Überwachung und Kontrolle von Raum, Bevölkerungsgruppen oder einzelner Personen eingesetzt werden können. Diese Beispiele sind im Einzelnen: Der Raum des Flughafens, als einem zentralen Ort von Sicherheit, sowohl im Bereich des Fliegens, als auch im Bereich des Passagiermanagements. Weiterhin werden die sozio-technischen Wechselwirkungen hinsichtlich Überwachung und Kontrolle im Bereich von Sicherheit im öffentlichen urbanen Raum betrachtet, insbesondere bezogen auf ein vernetztes Management der Stadt (smart city) sowie konkret am Beispiel von Stadionsicherheit, womit sich der Fokus auf einen abgegrenzten Raum richtet. Und schließlich wird im Kontext von Kriminalitätsbekämpfung die Technologie der BodyCams einer Betrachtung unterzogen und gezeigt wie sich hier die Wünsche an eine Technologie, die technischen Möglichkeiten und strukturellen Rahmenbedingungen (Datenschutz, Beschaffenheit des Raumes, Möglichkeiten der Prävention) gegenseitig bedingen, aber eben auch widersprechen.

Anhand dieser Beispiele werden die möglichen Implikationen technischer Anwendungen im Kontext von Sicherheit und Überwachung im Hinblick auf gesellschaftliche Dynamik erörtert. Diese Beispiele stellen Anschauungsmodelle dar, bei denen es weniger um kausale Begründungs- oder Beweisketten geht, sondern vielmehr darum, die durch die Einführung oder den Einsatz bestimmter Technologien berührten sozialen Dimensionen zu erörtern und weitere Fragen zu formulieren. Der Nutzen von idealtypischen Handlungsmodellen oder vermeintlichen Kausalketten ist wenig hilfreich, wenn es darum geht die möglichen Tragweiten von Technologien zu analysieren. So können z.B. Kameras je nach Wunsch wahlweise Kriminalität reduzieren, Terror bekämpfen, Verhalten normieren oder eine Bedrohung für die Privatsphäre darstellen. Letztlich kann eine Kamera aber nur Bilder aufnehmen und somit nur als Träger von Bedeutungen, eingebettet in soziale und räumliche Kontexte, die Ziele erreichen, die der Technik selbst zugeschrieben werden. Ziele werden hier mit den tatsächlichen Funktionsweisen verwechselt. Analog gilt das auch für andere Technologien in anderen Anwendungsfeldern. Die

entsprechenden Analysen und Fragen bezogen auf die eben genannten Felder werden in der Expertise exemplarisch durchgespielt und mit aufgezeigt.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR DIE SICHERHEITSFORSCHUNG IM KONTEXT VON ÜBERWACHUNG

In der Sicherheitsforschung gibt es unterschiedliche Akteursgruppen – Politik, Wissenschaft sowie zivilgesellschaftliche Akteure und Unternehmen. Diese Gruppen lassen sich an ihrer internen Logik wie folgt unterscheiden:

- Politik: Ausübung von Macht, Gestaltung der Politik und grundlegend verantwortlich für die zivile und militärische Sicherheit.
- Wissenschaft: Erkenntnisinteresse, Generierung von Wissen, Berater der Politik, Finanzierung der eigenen Forschung
- Unternehmen / zivile und staatliche Akteure: Profit (monetär und symbolisch), praktischer Nutzen von Innovationen

Den Empfehlungen, die sich an die genannten Akteursgruppen richten, sind drei übergeordnete Prinzipien vorangestellt: Kommunikation, Reflexion und Transparenz. Kommunikation bedeutet sowohl einen Dialog mit der Öffentlichkeit, als auch eine Kommunikation über Ziele, Strategien und Vorstellungen zwischen den Partnern beliebiger Sicherheitsforschungsprojekte. Reflexion meint das Nachdenken über das eigene Handeln und fragt nach der gesellschaftlichen Verantwortung. Verantwortung kann nur übernommen werden – und im Gegenzug als Merkmal für Güte beansprucht werden – wenn Klarheit über das eigene Tun und die dahinter stehenden Motivationen und Verbindungen nach außen herrscht. Daher ist Transparenz das dritte Grundprinzip.

POLITIK

- Sicherheit muss als gesellschaftliche Aufgabe begriffen werden. Dabei sollte eine Perspektive gewählt werden, die Sicherheit als etwas für jemanden und nicht gegen jemanden betrachtet. Folglich muss auch eine Reflexion über den verwendeten politisch-strategischen Sicherheitsbegriff erfolgen.
- Der Einsatz von Technologie als Instrument der zivilen Sicherheit setzt Evaluationsprozesse voraus. Was oder für wen bringt Überwachung etwas? Was sind die gesellschaftlichen Kosten?
- Kommunikation über die Zusammenhänge von Technologie und Sicherheit muss transparent sein: Was ist unsicher? Wer oder was ist das Risiko? Wer ist das Ziel von Überwachung?
- Es sollten alternative Lösungsansätze zum Umgang mit Unsicherheit vorgezogen werden, die nicht primär auf einer Technologie basieren, sondern gesellschaftlich orientiert sind.
- Vermeidung alarmistischer Politik, die mit der Angst vor Gefahren operiert und vermeintlich alternativlose Maßnahmen vorschlägt.
- Personelle und institutionelle Verquickungen müssen transparent gemacht werden, um Vertrauen zu schaffen und Verantwortlichkeiten offen zu legen und diese einfordern zu können. Sicherheitsforschung ist keine Industriepolitik.

WISSENSCHAFT

- Wissenschaft muss aktiv auf die Gestaltung einer anderen Sicherheitsforschung einwirken. Es geht um mehr als nur Machbarkeit (Ingenieurwissenschaften) oder Akzeptanzforschung (Sozialwissenschaften), nämlich darum kritisch und konstruktiv an neuen inklusiven Gesellschaftsmodellen zu arbeiten, in denen Sicherheitstechnik nicht primär Technologien der Abwehr und Überwachung sind.

- Wissenschaft muss Verantwortung für ihre Konzepte oder Produkte übernehmen, d.h. auch über den Sinn und weiteren Zweck von Technik reflektieren und Grenzen der Forschung definieren.
- Mögliche personelle Verquickungen mit Industrie, Forschungsförderern oder der Politik sollten transparent gemacht werden.
- Sicherheit als Konzept muss beständig reflektiert werden. Dies kann durch den Austausch zwischen den Disziplinen gestärkt werden

UNTERNEHMEN / ZIVILE UND STAATLICHE AKTEURE

- Interessen und Motivationen, z. B. bei personellen und institutionellen Verbindungen zu Politik oder Wissenschaft sollten transparent gemacht werden.
- Die Kommunikation muss mit den anderen Akteursgruppen über konkrete Maßnahmen hinweg erfolgen. Das bedeutet auch die Reflexion über den Begriff der Sicherheit.

Für eine Zusammenarbeit in der Sicherheitsforschung müssen Standards geschaffen werden, die sich auf die drei Prämissen beziehen und somit als flexibler Hintergrund für jede Kooperation ein Mindestmaß an Verhalten entsprechend der gemachten Empfehlungen einfordern. Verantwortung, Vertrauen und eine freiheitliche Gesellschaft, in der der Bürger im Mittelpunkt steht, profitieren davon.

Ansprechpartner: Gabriel Bartl

Wissenschaftlicher Mitarbeiter Forschungsforum Öffentliche Sicherheit

Nils Zurawski (2015): Technische Innovationen und deren gesellschaftliche Auswirkungen im Kontext von Überwachung.

Print: 978-3-944675-30-5 Online: 978-3-944675-31-2

Die Vollversion der Studie ist erhältlich unter www.schriftenreihe-sicherheit.de

Das 2009 an der Freien Universität Berlin gegründete Forschungsforum Öffentliche Sicherheit (www.sicherheit-forschung.de) führt Forschung unterschiedlicher Disziplinen zu sicherheitsrelevanten Themen zusammen und trägt dazu bei, zukünftig relevante Forschungsthemen zu identifizieren. Hauptsächlich geschieht dies durch Workshops und Expertisen zu verschiedenen Facetten der Sicherheitsforschung. Ziel ist es, wissenschaftliche Handlungsempfehlungen aus diesem heterogenen Feld zu generieren und für Politik, Industrie, und Organisationen der Sicherheit zugänglich zu machen. Die Idee zu diesem Projekt entstand auf Anregung des am Bundestag gegründeten Zukunftsforums Öffentliche Sicherheit e.V., dem Abgeordnete aller Parteien sowie Stakeholder aus Behörden, Wirtschaft und Wissenschaft angehören.



Impressum: **Forschungsforum Öffentliche Sicherheit**
 Freie Universität Berlin
 Carl-Heinrich-Becker-Weg 6-10
 12165 Berlin

Tel: +49 - (0)30 - 838 573 67
 Fax: +49 - (0)30 - 838 4 573 67
www.schriftenreihe-sicherheit.de
kontakt@schriftenreihe-sicherheit.de